



Die neuesten neuen Rechten - Pegida, AfD und Co.: Sie haben null Schnittmenge mit den Gewerkschaften, sagt die DGB-Jugend in ihrem neuen Blickpunkt »Nur »besorgte Bürger«

Foto: Franz Ferdinand Photography

Ausgabe Juni 2016

inhalt

3 thema

Unangenehme Ergebnisse: Die DGB-Studie zu Jugendlichen und Hartz IV

4 schule, ausbildung, studium & beruf

Das neue Mutterschutzgesetz
Arbeitskampf: So streikt Deutschland

5 azubi-ratgeberin

Überstunden? Never!

6 projekte

BBIG-Reform: Ausbildungsfinanzierung
»Gelbe Hand«: Flüchtlinge schützen
HBS-Projekt: Betriebsvereinbarungen

7 bezirke + gewerkschaften

IG Metall-Jugend: Unser Tarifabschluss

Gegen rechte Hetze

AfD, Pegida & Co.: Die DGB-Jugend bekämpft die neuen rechten Akteure und die soziale Spaltung.

Rassistische Übergriffe und Demonstrationen haben in Deutschland zugenommen, der ganze politische Diskurs hat sich nach rechts verschoben. Angetrieben wird dieser Prozess von Parteien wie der AfD: Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf Migrant_innen und Flüchtlinge, weist ihnen eine »Sündenbock«-Rolle zu, wo es doch eigentlich um unsoziale Politik gehen müsste. Motto: Ausgrenzung statt sozialer Gerechtigkeit. Dabei sollte die Debatte sich um Benachteiligte, insbesondere um die Jugend drehen. »Soziale Gerechtigkeit ist für AfD und Co. gerade kein Thema – sonst wäre ihren Mitgliedern aufgefallen, dass viel mehr finanzielle Mittel für Bankenrettungen ausgegeben werden als für die Arbeitsmarktintegration«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller.

Stattdessen soll die Konkurrenz von Ansässigen und Flüchtlingen noch verschärft werden. Die AfD setzt sich für niedrige Steuern für Reiche ein, gegen beitragsfreie Kitas und gegen Mietpreisbremsen. Sie ist für die Beibehaltung von Hartz-IV-Sanktionen und für eine Privatisierung aller Krankenhäuser. Mit ihr werden Arme noch ärmer.

Die DGB-Jugend will über diesen gefährlichen Trend aufklären und bringt nun ihren

Blickpunkt »Nur »besorgte Bürger«? AfD und Pegida: Die neue Rechte« heraus. Die Broschüre gibt einen Überblick über die neuen rechten Akteure, ihre Forderungen und Aktivitäten. Sie enthält aber auch Informationen zu Aktionsmöglichkeiten und Argumentationsstrategien für junge Gewerkschafter_innen, um zu verhindern, dass sich rechte Strukturen in den Betrieben und Bildungsstätten breitmachen.

Über eine Million Geflüchtete haben letztes Jahr in Deutschland Schutz vor Krieg und Ausbeutung gesucht. Mit den damit einhergehenden Verunsicherungen und Ängsten vor einem sozialen Abstieg macht die AfD Stimmung – und gibt scheinbar einfache Antworten auf komplexe Problemlagen, indem sie Feindbilder konstruiert. »Dabei tut uns die Kultur der Vielfalt gut«, sagt Haggenmiller. Die Spaltung der Gesellschaft à la AfD dürfe keine Zukunft haben.

Auch darum will die Gewerkschaftsjugend diskutieren, was soziale Gerechtigkeit ist – und wie über gute Tarifpolitik viel mehr gute Ausbildungsplätze mit Perspektive zu schaffen sind. Denn davon würden alle profitieren.

Der nächste Schritt: Beim Treffen des DGB-Bundesjugendausschusses am 22. Juni werden sich die Delegierten der Gewerkschaftsjugend darüber verständigen, wie im Vorfeld der Bundestagswahl mit den rechten Parteien und Strömungen umgegangen werden kann. ▀

www.jugend.dgb.de/broschueren

DGB zur Evaluation



Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat seine Evaluationsergebnisse zum Berufsbildungsgesetz veröffentlicht. Der DGB analysiert in seiner Stellungnahme Verfahren und Daten.

<https://jugend.dgb.de/-/pmq>

Schule@Betrieb



Die Initiative »Schule und Arbeitswelt« beantwortet die vielen Fragen rund ums Schülerbetriebspraktikum.

www.dgb-bestellservice.de

Demokratisch arbeiten

Hans **Böckler** 40 Jahre Mitbestimmung in Aufsichtsräten – eine Erfolgsgeschichte: Die Hans-Böckler-Stiftung begleitet das Gedenkjahr zur Betriebsdemokratie mit zahlreichen Veranstaltungen.

Hier gibt's die Termine: www.boeckler.de/62735.htm

Scheucht die Exzellenzen

Petition für die gute Hochschule // Mittel gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen bereitstellen, gesicherte Berufsaussichten für Forschende und Lehrende schaffen, Überbelastungen in der Lehre abbauen: Eine Petition wendet sich gegen die sogenannte Exzellenzinitiative, einen »undemokratischen und wissenschaftsfremden« Vorgang der Selbstdarstellung.

Soli aktuell meint: Da sollte man dabei sein.

www.openpetition.de/petition/online/fuer-gute-forschung-und-lehre-argumente-gegen-die-exzellenzinitiative

Studienplätze – wie viele?

Hochschulen // Es ist nicht feststellbar, ob bundesweit ein Studienplatzmangel herrscht. Das hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag festgestellt. Bei den örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen würden infolge unkoordinierter Mehrfachbewerbungen, die zu Mehrfachzulassungen führen, zu viele Studienplätze erst sehr spät bzw. gar nicht besetzt. Dies gelte aber nicht beim Vergabeverfahren für die bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengänge wie etwa Medizin.

Soli aktuell wundert sich: Wie soll man da planen?

[Bundestagsdrucksache 18/8186](#)

Der Ausbildungsstellenmarkt

Ausbildungsdaten Mai // Bundesweit haben sich im Mai 2016 464.723 Bewerber_innen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) für einen Ausbildungsplatz gemeldet. Das sind etwas mehr (+0,2 Prozent) als im Vorjahresmonat. Den gemeldeten Bewerber_innen stand ein Angebot von 478.211 gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber (davon 469.485 betriebliche). Das sind 24.572 Stellen (+5,4 Prozent) mehr als im Vorjahresmonat. Skandalös ist: Insgesamt befanden sich knapp 271.000 junge Menschen im »Übergangssystem«, in angeblich berufsvorbereitenden Maßnahmen. Ein Plus von 7,2 Prozent gegenüber 2015 – ein völlig falsches Signal!

<http://jugend.dgb.de/ausbildung>

Mehr Militär kommt

Bundeswehr // Die Bundeswehr wird wieder vergrößert: Das Verteidigungsministerium hat im Mai 2016 erklärt, dass es in den nächsten sieben Jahren 14.300 militärische und 4.400 zivile Stellen schaffen wolle. Damit reagiert man »auf neue Bedrohungen und wachsende Aufgaben für die Truppe«, wie es heißt. Seit Ende des Kalten Krieges wurde die Bundeswehr schrittweise verkleinert – von 585.000 Soldaten am Tag der Wiedervereinigung 1990 auf heute 177.000.

Soli aktuell meint: Da kommt bestimmt noch was auf uns zu.

Jugend spart nicht viel

Rente kein großes Thema // Etwa drei von vier jungen Leuten in Deutschland blicken optimistisch in die Zukunft – Altersvorsorge steht bei den meisten nicht hoch im Kurs. Das ist das Ergebnis einer im Mai 2016 in Berlin vorgestellten Umfrage im Auftrag des Versorgungswerks Metallrente. Nur 35 Prozent aller jungen Leute sparen laut Umfrage regelmäßig für ihre Altersversorgung. 2010 waren es noch 38 Prozent.



Soli aktuell stellt fest: Das könnte später Ärger geben.

www.metallrente.de

DGB mit Rentenkampagne

Generationengerechtigkeit // Der Bundesvorstand des DGB hat im Mai 2016 eine Kampagne zum Thema Rente beschlossen, die voraussichtlich im Spätsommer starten soll. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Ziel ist, die Alterssicherung in Deutschland zu stärken und sozialen Abstieg und Armut im Alter zu verhindern. Ohne Kurswechsel sinke das Rentenniveau immer weiter. Dies betreffe aber vor allem die heute noch Jungen, die ein stabiles und verlässliches Rentenniveau dann brauchen, wenn sie selbst einmal in Rente gehen.

www.dgb.de

Arabische Infos

BIBB mit besonderem Sprachprogramm // Arabisch gehört zu den sechs offiziellen Sprachen der UN, und eine große Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen und kommen, spricht Arabisch als Mutter- oder Fremdsprache. Schon bevor sie über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, sind vielfältige Informationen rund um das Thema Ausbildung und Beruf für sie hilfreich. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bietet daher Informationen zur deutschen Berufsbildung auch in Arabisch an. Neben einer allgemeinen Einführung in das deutsche Berufsbildungssystem stellt das BIBB auf seinen Internetseiten auch Informationen zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse und aus der Bildungswirtschaft auf Arabisch zur Verfügung.

www.bibb.de

Einschätzung Mindestlohn

HBS-Analyse // Wie hat sich der seit dem 1. Januar 2015 geltende gesetzliche Mindestlohn in Deutschland ausgewirkt? Wissenschaftler_innen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) haben eine grundsätzliche Einschätzung erarbeitet und geben einen Überblick über die Entwicklung der Stundenlöhne nach soziostrukturellen Merkmalen, nach Branchen und Betriebsgrößen.

www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_6_2016.pdf



Befragung zum Arbeitsschutz

BAuA-Sonderauswertung Pausen // Etwa ein Fünftel der Erwerbstätigen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren in Deutschland arbeitet häufig ohne Pause. Gerade in der Dienstleistungsbranche verzichten junge Beschäftigte auch an Tagen mit mehr als sechs Stunden Arbeitszeit auf eine Erholungsphase. Zu diesem Ergebnis kommt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) in einer Detailanalyse der ihrer Jugenderwerbstätigenbefragung 2012. Den Verzicht auf die Pause begründet etwa die Hälfte der Befragten mit der zu bewältigenden Arbeitsmenge.

Soli aktuell sagt: Pure Ausbeutung!

www.baua.de/de/Publikationen/Faktenblaetter/BIBB-BAuA-19.html

Junge IG BAU für Ingenieur_innen

Gesetzesnovelle kritisiert // Die Novellierung der Ingenieurgesetze steht in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen an. Bei den Studierenden der Jungen BAU stößt sie auf starke Kritik. Geplant sei, dass Prüfungsmaterialien, Vorgaben und Inhalte nicht mehr durch die Akkreditierung Unabhängiger und durch die Universitäten vorgegeben werden, sondern durch die Ingenieurkammern auf Landesebene. Auch sei der Ingenieurtitel mit der Prüfung nicht mehr sicher, auch dieser soll durch die Kammern bestätigt werden.

www.igbau.de/Novellierung_des_Ingenieurgesetzes_-_so_nicht.html



CETA genügt nicht

EGB-Brief an Handelsminister_innen // Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat in einem Schreiben an die EU deutlich gemacht, dass das geplante Freihandelsabkommen CETA weiterhin nicht den Anforderungen der Gewerkschaften genügt. Unter anderem in der Kritik: dass öffentliche Dienstleistungen und Daseinsvorsorge nicht vor Privatisierungen geschützt sind.

www.dgb.de/-/VZi



Vermisste Jugend

Europol und junge Flüchtlinge // Nach Angaben von Europol sind gegenwärtig europaweit 10.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verschwunden. Das Bundeskriminalamt hat ihre Zahl für Deutschland auf knapp 4.800 Betroffene beziffert. Wieder angetroffen worden oder eigenständig zurückgekehrt seien im Jahr 2015 2.171 unbegleitete geflüchtete Minderjährige, davon 80 Kinder und 2.091 Jugendliche. Die Vermissten kommen laut Bundesregierung überwiegend aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Eritrea, Marokko und Algerien.

Jugendarbeitslosigkeit und Hartz IV

Eine neue DGB-Studie zum Arbeitsmarkt zeigt, dass wieder mehr junge Menschen in die staatliche Fürsorge abrutschen. Der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung.

Armut – ein vergessenes Thema

Vor wenigen Jahren noch stand die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ganz oben auf der Agenda. Von einer verlorenen Generation war die Rede, von groß angelegten Hilfeprogrammen. Geblieben ist davon nichts. Derzeit wird über arbeitslose Jugendliche nur wenig gesprochen, dabei sind die Zahlen immer noch schlimm. Beispiel Italien – hier ist immer noch mehr als jeder dritte der unter 25-Jährigen arbeitslos. In Griechenland jeder zweite, in Frankreich ist es jeder vierte.

Nur Deutschland hat es laut Bundesagentur für Arbeit als einziges Land in Europa geschafft, die Jugendarbeitslosigkeit unter zehn Prozent zu halten. Aber diese Zahl spiegelt nur einen Teil der Wirklichkeit wider, wie die Studie »Jugendarbeitslosigkeit und Hartz IV« zeigt, die Wilhelm Adamy, der Leiter der DGB-Abteilung Arbeitsmarktpolitik, verfasst hat.

Das bedeutet: Armut steigt auch bei uns – und festmachen kann man das an der Zahl derjenigen, die auf staatliche Hilfen angewiesen sind. So liegt die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger_innen zwischen 15 und 24 Jahren derzeit bei 800.000 Menschen. In vielen Bundesländern sind 10 Prozent der Altersgruppe auf Hartz IV angewiesen, in Berlin gar 20 Prozent, zum Teil schon lange: 300.000 junge Menschen sind schon seit vier Jahren auf Hartz IV.

Für junge Menschen ist das Risiko, arbeitslos zu werden, merklich größer als bei anderen Beschäftigtengruppen. Insgesamt mussten sich im vergangenen Jahr 507.000 junge Menschen neu arbeitslos melden. Etwa drei Viertel dieser Zugänge in Arbeitslosigkeit (399.000) entfallen auf die Arbeitslosenversicherung. Hinzu kamen 108.000 15- bis 24-Jährige, die nach betrieblicher Ausbildung bzw. Verlust des Arbeitsplatzes direkt auf Hartz IV angewiesen waren.

Staatliches Handeln

Die Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung für diese Gruppe haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Den staatlichen Stellen attestiert Adamy mangelnde Funktionalität: Der Bund komme seiner finanziellen Verantwortung zur Integration junger Hartz-IV-Bezieher_innen nur völlig unzureichend nach. Obwohl er für das

Hartz-IV-System finanziell verantwortlich ist, stellt er lediglich 240 Millionen Euro für diese hilfebedürftigen Jugendlichen zur Verfügung. Zehn Mal mehr wird hingegen aus Beiträgen der Arbeitslosenversicherung finanziert. Adamy: »Der Bund greift tief in die Taschen der Beitragszahler.«

Mangelnde Bildung, fehlende Strukturen

Junge Menschen im Hartz-IV-System schneiden auch hinsichtlich Schul- und Berufsabschluss ungünstiger ab als jene, die vom Versicherungssystem betreut werden. Gut ein Viertel der auf staatliche Fürsorge angewiesenen jüngeren Arbeitslosen hat keinen Schulabschluss – zum Vergleich: In der Arbeitslosenversicherung sind es nur knapp 8 Prozent, bei der Bevölkerung dieser Altersgruppe 4 Prozent, die keinen Schulabschluss haben. Hilfebedürftige junge Menschen verfügen damit sechsmal häufiger über keinen Schulabschluss als Gleichaltrige in der Bevölkerung insgesamt.

Ein Problem mit Dauerwirkung: Nur gut 30 Prozent der geförderten jungen Hilfeempfänger_innen sind sechs Monate nach Beendigung einer Maßnahme sozialversichert beschäftigt. Bei Berufsausbildung, Weiterbildung und bei Ein-Euro-Jobs ist die Zahl der Fördermaßnahmen zurückgegangen. Zu selten gebe es langfristige Förderpläne, konstatiert Adamy. Die Jobcenter seien nach wie vor so gesteuert, dass die Mitarbeiter_innen zu sehr auf kurzfristig statt auf langfristig erfolgreiche Vermittlungen setzten.

In ländlichen Gebieten gibt es teilweise wenig Anbieter von Arbeitsmarktdienstleistungen – und in Ballungsräumen haben sich die Anbieter in den letzten Jahren einen intensiven Wettbewerb geliefert, der teilweise dazu geführt hat, dass Bieter sich nicht am Markt halten konnten und andere ihre Niedrigangebote über Niedriglöhne und Qualitätsabstriche finanziert haben. Das ist keine Lösung. Adamy: »Aus gewerkschaftlicher Sicht sind adäquate Löhne für Ausbilder, Lehrkräfte und Sozialarbeiter jedoch eine Grundvoraussetzung. Lohn-dumping bei Betreuern wird kaum zum Erfolg der Jugendlichen beitragen.«

Forderungen

Der DGB fordert eine bessere Jugendhilfe, sodass die Angebote »tatsächlich und flächendeckend zur Verfügung stehen«, wie DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagt. Bund und Länder müssten bessere Möglichkeiten schaffen, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Außerdem sei es dringend nötig, die Vermittlung von Aus-

Unerfreuliches Datenmaterial der Armut

Arbeitslose unter 25 Jahren nach Schulabschluss und Rechtskreis				
Arbeitslose unter 25 Jahren	248.207			
	18,6	42,2	26,4	12,8
davon in Arbeitslosenversicherung	103.253			
	7,8	41,1	34,9	16,2
davon im Hartz-IV-System	144.954			
	26,8	43,0	20,0	10,2

 ohne Schulabschluss in %
 Hauptschule in %
 Mittlere Reife in %
 (Fach-) Abitur in %

Quelle: Statistik der BA, Grundsicherung für Arbeitssuchende in Zahlen, März 2016

bildungsplätzen für junge Menschen aus Hartz-IV-Familien von den Jobcentern auf die Arbeitsagenturen zu übertragen. Hier dürfe es kein Zwei-Klassen-System geben, das vom Einkommen der Eltern abhängig sei. Mit den Daten hat der DGB Lösungsvorschläge erarbeitet. Unter anderem sollte die Berufsorientierung der Länder an Schulen ausgebaut und die Möglichkeiten zum Nachholen des Hauptschulabschlusses verbessert werden; ebenso wie die Sprachförderung für benachteiligte junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Bund und Länder seien hier gefordert: Neben einer besseren Verzahnung von Politikinstrumenten und einer Umorientierung hin zur Förderung von Aus- und Weiterbildung muss einem weiteren Rückgang der Förderintensität entgegengewirkt werden. Dies setze eine bedarfsgerechte Mittelausstattung des Bundes voraus. ▀

DGB: Jugendarbeitslosigkeit und Hartz IV, Reihe Arbeitsmarkt aktuell, Berlin 2016. Zum Download: www.dgb.de/-/V1k

»Die Jugendhilfe muss flächendeckend zur Verfügung stehen.«

Annelie Buntenbach



Üben DGB-Kritik am Bund: Buntenbach und Adamy

Verbesserungen für junge Frauen

Das Mutterschutzgesetz wird reformiert, ein entsprechender Gesetzentwurf liegt vor. Erstmals sollen auch Schülerinnen und Studentinnen in die Regelungen einbezogen werden.

Reform dringend geboten

Seit 1952 gibt es das Mutterschutzgesetz, nun soll es reformiert werden. Im Mai 2016 wurde ein Gesetzentwurf im Kabinett verabschiedet. »Nach über sechs Jahrzehnten ist eine Novellierung des Mutterschutzes überfällig«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Besser vereinbar: Erwerbstätigkeit und Schwangerschaft

Die Position der Gewerkschaften: Die Probleme, die sich vielen erwerbstätigen Frauen ab der Schwangerschaft im Betrieb oder in der Dienststelle in den Weg stellen, lassen sich nicht wegdiskutieren. Schwangere und stillende Frauen müssen endlich ihre Rechte geltend machen können, ohne Nachteile in ihren Erwerbsbiografien befürchten zu müssen.

Und damit künftig keine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft, müssen die Aufsichtsbehörden schnell auch personell in die Lage versetzt werden, die diskriminierungsfreie Umsetzung in Betrieben und Dienststellen auch wirksam zu kontrollieren. »Nun kommt es auf die Umsetzung in den Ländern und den Hochschulordnungen an«, sagt Susanne Braun, DGB-

Jugend-Referentin für Hochschulfragen. Das Gesetz definiert auf Bundesebene zuerst einmal nur Schutzpflichten, die durch die Arbeitgeber umgesetzt werden müssten.

Auch für Praktikantinnen

Kommt das neue Regelwerk, gibt es endlich auch für schwangere Schülerinnen, Praktikantinnen und Studentinnen Mutterschutz. Dem eigenen Anspruch, einen umfassenden Schutz zu gewährleisten, wird die Bundesregierung laut Einschätzung des DGB dennoch nicht gerecht: Beamtinnen, Richterinnen und Soldatinnen sind nicht in das bundesgesetzliche Mutterschutzrecht einbezogen. Das ermöglicht ohne Not Abweichungen

vom einheitlichen Schutzstatus. Mutterschutz müsse jedoch ohne Wenn und Aber für alle schwangeren und stillenden Frauen gelten.

Arbeitgeber in der Pflicht

Die Gestaltungspflichten der Arbeitgeber haben laut Gesetzentwurf deutlich an Stellenwert gewonnen: Sie müssen den Arbeitsplatz schwangerer oder stillender Frauen so einrichten, dass sich Schwangerschaft und Berufstätigkeit nicht von vornherein ausschließen. »Was fehlt, ist die Pflicht der Arbeitgeber, während Schwangerschaft und Stillzeit auch die Arbeitszeiten anpassen zu müssen. Hier muss dringend nachgebessert werden«, sagt Elke Hannack. ▀

Die Richtung stimmt schon, aber ...

Von Mandy Gratz

Die nun beschlossene Regelung ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Jedoch bleibt eine Schwangerschaft während des Studiums immer noch ein finanzielles Wagnis. Auch jetzt bleiben Studentinnen von sämtlichen finanziellen Leistungen, die mit dem Mutterschutz in Zusammenhang stehen, ausgeschlossen. Stattdessen können sie eine Ausnahme von der Schutzfrist beantragen. Zynischerweise bedeutet das auch, dass sie arbei-

ten gehen können und damit für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, wo anderen die Beschäftigung verboten wird und es staatlich geregelte Ersatzleistungen gibt. Diese Versorgungslücke wurde sehenden Auges nicht geschlossen. Damit wurde wieder nur Kosmetik betrieben, wo viel tiefgreifendere Änderungen von Nöten wären. ▀



Mandy Gratz ist Vorstandsmitglied beim freien Zusammenschluss der studentInnenschaften, fzs.

Arbeitskämpfe nehmen zu

2015 kamen zwei Millionen Streik-tage in Deutschland zusammen.

Viel gestreikt

Das letzte Jahr war ein ungewöhnlich intensives Streikjahr: Das Arbeitskampfvolumen ist auf rund zwei Millionen Streiktagen angestiegen. Die erhebliche Steigerung gegenüber 2014 (392.000 Tage) beruht aber im Wesentlichen auf zwei großen Auseinandersetzungen: Allein 1,5 Millionen Streiktagen entfielen auf den Arbeitskampf im Sozial- und Erziehungsdienst sowie den Streik bei der Post. Hinzu kam zu Beginn des letzten Jahres eine breite Warnstreikwelle in der Metall- und Elektroindustrie mit vielen Streikzeiten. Dies zeigt die Jahresbilanz zur Arbeitskämpfeentwicklung in Deutschland, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung kürzlich veröffentlicht hat. Im internationalen Vergleich wird in Deutschland gleichwohl weiterhin relativ wenig gestreikt: Frankreich und Dänemark haben viel höhere Quoten.

Hohe Beteiligung

Die Zahl der Beschäftigten, die sich an Streiks beteiligten, lag 2015 ebenfalls deutlich höher als im Jahr zuvor: 1,1 Millionen Streikende gegenüber über 345.000 im Jahr 2014. Hierfür waren die Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie ausschlaggebend, bei denen nach Angaben der IG Metall rund 885.000 Beschäftigte die Arbeit niederlegten. Den zweifelhaften Rekord für die längste Auseinandersetzung hält dabei Deutschlands größter Versandhändler Amazon. Seit Frühjahr 2013 zieht sich diese wegen ihrer Signalwirkung bedeutende Auseinandersetzung hin, in der sich der Konzern bisher hartnäckig weigert, überhaupt mit ver.di in Tarifverhandlungen einzutreten.

Jugend im Arbeitskampf

Auch viele junge Beschäftigte waren zu Arbeitskämpfen gezwungen. Ein Spezialproblem dabei: Immer wieder behaupten Arbeitgeber, Azubis hätten kein Recht zu streiken. Als Begründung muss herhalten, Azubis hätten ja gar kei-

nen Arbeitnehmerstatus – außerdem gefährde die Streikbeteiligung den Ausbildungszweck. Das stimmt nicht. Wenn die Gewerkschaft zu einem ordentlichen Streik aufruft, und wenn in den Tarifverhandlungen auch Forderungen verhandelt werden, die die Auszubildenden betreffen, dann dürfen sie mitstreiken! ▀

Unser Azubi-Ratgeber-Spezial zum Thema Streik auf <http://jugend.dgb.de/-/puj>



Streik im Handel: ver.di-Gewerkschaftssekretärin Franziska Foullong bei Amazon

Gute Ausbildung? Gibt es nur ohne Überstunden!

Für jeden Ausbildungsberuf gibt es eine Ausbildungsordnung. Und mit dieser gesetzlichen Grundlage sollte es keine Notwendigkeit für Überstunden geben. Doch »Dr. Azubi«-Patient_innen berichten anderes...

Der Ausbildungsreport 2015 der DGB-Jugend hat gezeigt: 38,1 Prozent der Auszubildenden müssen regelmäßig Überstunden machen, und dabei kommen sie auf sage und schreibe 4,3 Überstunden pro Woche.

Dass Überstunden nicht die Ausnahme sind, zeigen auch eure Anfragen im »Dr. Azubi«-Forum. Hier schreibt ein verzweifelter Azubi:

»Überstunden sind gang und gäbe und werden erwartet, sogenannte Azubi-Meetings werden nach Feierabend angesetzt. Wochenendarbeit ist an der Tagesordnung, oft Samstag und Sonntag. Ich weiß nicht, wann ich das letzte Mal zwei Tage hintereinander frei hatte. Ausgleichstage werden in 99 Prozent der Fälle nicht gewährt.

In meinem Vertrag ist von einer 40 Stunden Woche mit acht Stunden täglich die Rede – den gesamten September über bin ich kein einziges Mal auf »nur« 40 Stunden gekommen. Wenn man Feierabend hat und geht, folgt ein Anruf der Ausbilderin, dass man sich gefälligst mehr engagieren soll. Wozu habe ich Arbeitszeiten? Das ist doch nicht zulässig, oder?«

Was sind überhaupt Arbeitszeiten?

Alle Zeiten, die ihr im Betrieb und in der Berufsschule verbringt, sind Arbeitszeit inklusive Prüfungszeiten und Lehrgangsunterweisungen. Auch Azubi-Meetings – Lernabende, die von betrieblicher Seite aus verpflichtend sind –, gehören zur Arbeitszeit. Pausenzeiten zählen natürlich nicht dazu.

Wie lange ist eure Arbeitszeit?

Das ist in eurem Ausbildungsvertrag durch Festschreibung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit geregelt – und reguliert durch die geltenden Grenzen im Jugendarbeitszeitgesetz. Gilt ein Tarifvertrag, habt ihr häufig eine geringere Wochenarbeitszeit als die gesetzlich definierte. Danach dürfen Jugendliche nicht mehr als acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich arbeiten – dem Gesetz nach können Überstunden also nur sehr schwer »entstehen«.

Bei volljährigen Azubis kann die Arbeitszeit auf zehn Stunden erhöht werden, aber nur, wenn innerhalb von sechs Monaten ein Ausgleich stattfindet. Eure Arbeitszeit muss durch vorgeschriebene Pausenzeiten unterbrochen werden.

Wird die Berufsschule auf die Arbeitszeit angerechnet?

Ihr macht eine duale Berufsausbildung. Dadurch ergeben sich zwei Lernorte: Betrieb und Berufsschule. Die Zeit in der Berufsschule muss euch auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Dabei gibt es Unterschiede: Bei Minderjährigen wird der erste Berufsschultag mit mehr als fünf Unterrichtsstunden (inklusive Pausen) mit acht Stunden auf die Arbeitszeit angerechnet.

Gibt es einen zweiten Berufsschultag in der Woche, wird hier die tatsächliche Zeit in der Berufsschule angerechnet, und es kann passieren, dass ihr noch in den Betrieb rein müsst. Dann gilt: Die Fahrtzeit in den Betrieb ist Arbeitszeit.

Bei Volljährigen wird die Berufsschulzeit nur angerechnet, wenn sich die Berufsschule und die reguläre Arbeitszeit überschneiden. Unterrichtsfreie Zeiten, Pausen und Wegezeiten in den Betrieb werden ebenso mitgezählt. Wenn ihr nach der Schule noch in den Betrieb müsst, dann muss mindestens noch eine halbe Stunde betriebliche Ausbildungszeit verbleiben.

Was sind Überstunden?

Werdet ihr angewiesen, über eure vertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus zu arbeiten, dann sind das Überstunden. Ihr seid nicht verpflichtet, Überstunden zu machen, da die tägliche Ausbildungszeit ausreichen sollte, um euch alle Ausbildungsinhalte zu vermitteln. Nur in absoluten Ausnahmefällen kann der Arbeitgeber euch dazu verpflichten, länger im Betrieb zu bleiben: Also nur dann, wenn quasi der Betrieb brennt.

Was passiert mit meinen Überstunden, wenn ich doch welche mache?

Wenn ihr Überstunden macht, dann müssen euch diese in Freizeit oder in Form von zusätzlicher Vergütung ausgeglichen werden (§ 17 Berufsbildungsgesetz, BBiG). Wenn ein Tarifvertrag für euch gilt, kann es gut sein, dass ihr einen Zuschlag erhaltet. Ansonsten ist ein Freizeitausgleich meist lohnenswerter.

Und wenn ich keinen Ausgleich bekomme?

15,4 Prozent von euch Azubis warten nach den Ergebnissen des Ausbildungsreports vergeblich auf einen Ausgleich. Sammelt daher Nachweise für eure Überstunden in Form von Dienst- oder Schichtplänen. Holt euch im Betrieb Unterstützung von eurer Jugend- und Auszubildendenvertretung oder dem Betriebsrat. Um den Überstundenausgleich einzufordern, sucht das Gespräch mit eurem Ausbilder – aber natürlich erst nach der Probezeit! Dann habt ihr die Mög-



Termin bei
Dr. Azubi.
Mit Julia Kanzog

www.doktor-azubi.de

lichkeit, die Überstunden schriftlich in Form einer Geltendmachung einzufordern. Verstößt euer Betrieb gegen das Jugendarbeitschutz- oder Arbeitszeitgesetz, ist auch das zuständige Gewerbeaufsichtsamt in der Verantwortung, die Betriebe zu kontrollieren.

Befindet ihr euch bereits am Ende eurer Ausbildung, könnt ihr den Ausgleich auch noch im Nachhinein anmahnen; dafür braucht es aber sehr gute Nachweise.

Die BBiG-Reform auf dem Prüfstand

Die DGB-Jugend fordert eine grundlegende Reform des BBiG. Das im Jahr 1969 verabschiedete Gesetz hat eine wichtige Grundlage zur Regelung der Ausbildung geschaffen.

Die letzte Novellierung unter der rot-grünen Regierung vor Jahren hat grundlegende Gewerkschaftsforderungen nicht berücksichtigt, etwa ein Recht auf Ausbildung für alle und Klärung der Finanzierung. Das Thema Weiterbildung fehlt im Gesetz komplett. Auch die Zusammenarbeit der beiden Lernorte Berufsschule und Betrieb sollte verbessert werden.

In diesem Prozess stehen natürlich auch die Regelungen zu Überstunden auf dem Prüfstand. Hier fordert die DGB-Jugend als Ergänzung zu dem § 17 Abs. 3 im BBiG (»Eine über die vereinbarte regelmäßige tägliche Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung ist besonders zu vergüten oder durch entsprechende Freizeit auszugleichen«), dass es erst gar keine Beschäftigung über die vereinbarte, wöchentliche Arbeitszeit hinaus geben darf.

Somit wären Unklarheiten bezüglich möglicher Überstunden beseitigt und eine gesetzliche Verfestigung gegeben. Auch Arbeit am Wochenende sollte nur in Ausnahmefällen möglich sein. //

»Ich bin kein einziges Mal auf »nur« 40 Stunden gekommen.«

Schulgeld und Lernmittelfreiheit

BBiG-Reform – die Kampagne der DGB-Jugend: Was wir in Sachen Finanzierung der Ausbildung fordern. Von André Schönewolf

Auszubildende sind junge Erwachsene, oder? Also sollten sie auch ihren Lebensunterhalt ohne fremde Hilfe bestreiten können!

Unser Ausbildungsreport im Jahr 2014 hat gezeigt: Lediglich die Hälfte der befragten Azubis kann ohne weitere finanzielle Unterstützung mit der Ausbildungsvergütung zurechtkommen. Knapp ein Drittel erhält eine finanzielle Unterstützung aus dem familiären Umfeld, 12,5 Prozent bekommen staatliche Leistungen wie Mietzuschuss bzw. Berufsausbildungsbeihilfe, und 11,5 Prozent bessern ihre Ausbildungsvergütung über einen Nebenjob auf. Und der Anteil der Auszubildenden, die zur eigenen finanziellen Absicherung noch einen Nebenjob haben, könnte insgesamt sogar noch höher ausfallen: So zeigte eine Untersuchung des BIBB aus dem Jahr 2010, dass 27 Prozent der befragten Auszubildenden neben der Ausbildung jobbten!

In der Untersuchung wurde auch nach den Gründen für die zusätzliche Arbeit gefragt. 27 Prozent der Auszubildenden gaben an, dass sie ohne das zusätzliche Geld nicht ihre Grundversorgung, also Miete, Essen u. a. finanzieren könnten. Außerdem fallen bei einigen Ausbil-

dungsberufen Kosten an: Viele angehende Köch_innen, Friseur_innen und Hotelfachleute müssen eigene Arbeitsmaterialien kaufen, die bis zu 380 Euro im Jahr kosten.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine eindeutige Verankerung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit im Berufsbildungsgesetz (BBiG). Dazu ist eine Ergänzung in § 14 nötig: Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger übernommen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel, Dienstkleidungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, anfallende Schul-



gelder ebenso wie Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.

§ 17 schreibt eine angemessene Vergütung der Ausbildung vor. Nach aktueller Rechtsprechung

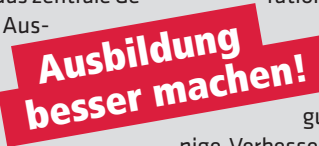
darf die einzelvertraglich geregelte Ausbildungsvergütung nicht niedriger als 80 Prozent der üblichen tariflichen sein. Wir wollen, dass die Ausbildungsvergütung Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglicht! **■**



André Schönewolf ist der Ausbildungs- und Lernmittelfreiheitsexperte der DGB-Jugend.

BBiG: Wir machen die Ausbildung besser

Die DGB-Jugend kämpft für eine grundlegende Verbesserung der dualen Ausbildung. Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist das zentrale Gesetz für die berufliche duale Ausbildung in Deutschland. Und es ist veraltet: Es gibt deshalb noch immer kein Recht auf Ausbildung, die Finanzierung bleibt ungeklärt, die Weiterbildung ist ein ziemlich weißer Fleck des Rechtssystems.



Die Zusammenarbeit von Berufsschule und Ausbildungsbetrieb – die Lernortkooperation – wurde nicht verbessert und die Fortentwicklung der Mitbestimmungsstrukturen bisher überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Auch wenn es einige Verbesserungen gab, waren die Veränderungen überschaubar und die größeren Herausforderungen blieben unangetastet. **■**

Handreichung für den Betrieb

Der »Gelbe Hand«-Verein berichtet über Handlungsmöglichkeiten zur Beseitigung von Diskriminierung und Geflüchteten in der Arbeitswelt.

Best practice: Die vom gewerkschaftlichen Verein »Mach meinen Kumpel nicht an« herausgegebene Broschüre »Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegen-treten« umreißt die konkreten Handlungsmöglichkeiten, die sich in Betrieben und Verwaltungen bieten, um Diskriminierungen und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Das Heft bietet viele spannende Beiträge: So erläutert Autorin Klaudia Tietze den rechtlichen Rahmen der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, die Möglichkeiten des Betriebsrats und die Einflusskanäle der Gewerkschaft. Die Entwicklung von Pegida und AfD, die inhaltliche Entkräftung ihrer rassistischen Thesen sind die Themen, auf die der Autor Mark Haarfeldt eingeht. »Bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen sind für die Gewerkschaften, den DGB und den Kumpelverein der Schutz aller Beschäftigten vor der Absenkung von Standards im Arbeitsleben und eine möglichst schnelle Eingliederung von Flüchtlingen sowie deren Schutz vor Ausbeutung, Diskriminierung und Gewalt von zentraler Bedeutung«, schreibt Kumpelverein-Vorsitzender Giovanni Pollice. **■**



Gelbe Hand (Hg.): »Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegen-treten – Handreichung für Aktive in der Arbeitswelt«, Broschüre, Düsseldorf 2016. Download: www.gelbehand.de/informiere-dich/publikationen/

Aktuelle Daten zur Arbeitswelt: Betriebsvereinbarungen

In Betriebsvereinbarungen können Arbeitnehmer_innen den Wandel der Arbeitswelt im eigenen Betrieb mitgestalten. Eine aktuelle Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Privatsphäre, Arbeitszeit und psychische Belastungen zählen derzeit zu den Top-Themen bei solchen Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretung und Management.

Wer wissen will, wie die Zukunft der Arbeit aussieht, sollte einen Blick auf die Themen werfen, mit denen sich Betriebsräte aktuell beschäftigen. Diese haben zuletzt vermehrt Vereinbarungen zu Themen wie Datenschutz und flexibler Arbeitszeitgestaltung ausgehandelt. Dies geht aus Daten der Betriebsrätebefragung 2015 hervor. Zu betrachten gibt es eine Menge: In fast jedem mitbestimmten Betrieb ab 20 Beschäftigten gibt es mindestens eine Betriebsvereinbarung. Dabei gilt: Je größer der Betrieb, desto mehr Regelungen existieren. Kleinbetriebe mit bis zu 50 Beschäftigten haben im Schnitt zehn, große Betriebe mit mehr als 2.000 Beschäftigten rund 60 Vereinbarungen. **■**

Helge Baumann, Manuela Maschke: Betriebsvereinbarungen 2015 – Verbreitung und Themen. Download: <http://media.boeckler.de/Sites/A/Online-Archiv/18566>

IG Metall: Wir für mehr!

David Lüdtke über den Tarifabschluss der Metall- und Elektroindustrie in NRW, der als wegweisend für das übrige Bundesgebiet gilt.

Wir für mehr«: Unter diesem Motto steht die diesjährige Tarifrunde in der Metall und Elektroindustrie.

Und dieses *Wir* kann man deutlich spüren, wenn es wieder einmal heißt: Raus zum Warnstreik!

Dann stehen einfach alle zusammen, egal ob Arbeiter, Angestellte oder Auszubildende, ganz gleich wie jung oder alt. In der Tarifrunde wird Geschlossenheit demonstriert.

Denn es geht um ein gemeinsames Ziel: 5 Prozent war die Forderung, für die sich die Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr entschieden hatten. Noch vor der ersten Verhandlung hatten sich viele auf eine vergleichsweise ruhige und unkomplizierte Tarifrunde eingestellt. Doch nach den ersten Gesprächen mit den Arbeitgebern war schnell klar, dass es diesmal alles andere als einfach werden würde.

Die Arbeitgeber erklärten gleich zu Beginn, dass ihnen noch der letzte Tarifabschluss schwer im Magen liegen würde. Bei der Tarifrunde 2015 hatten wir als IG Metall neben einer Erhöhung von 3,4 Prozent bei Entgelten und Ausbildungsvergütungen auch einen Tarifvertrag zur Förderung von Weiterbildung und eine Verlängerung der stark genutzten Altersteilzeitregelung durchgesetzt – ein starkes Ergeb-

nis für Jung und Alt! Das war den Arbeitgebern aber deutlich zu viel – man könne nun nicht einfach weitermachen mit solchen »Höhenflügen«. Und dem wollten sie wohl auch Ausdruck verleihen, als sie in der zweiten Verhandlung ein so genanntes faires Angebot von 0,9 Prozent für 12 Monate und eine Einmalzahlung von 0,3 Prozent anboten.

Doch damit nicht genug: Nachdem die ersten Warnstreiks bereits gelaufen waren, boten sie als »verbessertes Angebot« 2,1 Prozent für 24 Monate, und das in zwei Stufen. Also bei einer Verdoppelung der Laufzeit gerade einmal 0,3 Prozentpunkte mehr als beim ersten Angebot.



Zusammen kämpfen,
zusammen gewinnen:
JAVI David Lüdtke

Das hat dann natürlich nochmal richtig Stimmung für weitere Warnstreiks gegeben! Und auch die Planungen für 24-Stundenstreiks liefen ab diesem Zeitpunkt auf Hochtouren. Die waren dann auch das entscheidende Argument, das die Arbeitgeber in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai doch noch zum Einlenken bewegte.

Und so konnte am Morgen des 13. Mai dann in Köln ein Tarifabschluss erreicht werden: 2,8 Prozent ab dem 1. Juli und zusätzlich weitere 2 Prozent ab dem 1. April 2017. Insgesamt also 4,8 Prozent bei einer Laufzeit von 21 Monaten. Darüber hinaus wurde für den Monat Juni ein Einmalbetrag von 150 Euro vereinbart.

Das Ergebnis ist bei uns im Betrieb gut angekommen. Und es hat wieder einmal gezeigt, was möglich ist, wenn man sich zusammen für etwas einsetzt. ▀

David Lüdtke ist Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Ford in Köln und Mitglied der IG Metall-Tarifverhandlungskommission in NRW.

»Das Ergebnis ist bei uns im Betrieb gut angekommen.« David Lüdtke

Aktivposten

▀ Mit ihrer »IG BCE-Jugend-Be.Wegung«-Kampagne will die **IG BCE-Jugend** einen Prozess anstoßen: »Es ist unser Ziel, mehr junge Menschen zu beteiligen.« Auf ihrem Bundesjugendtreffen im Mai haben die Gewerkschaftsjugendlichen der Chemie-Branche gleich den Anfang gemacht. »Unser Beat, der dich be.wegt!« lautete das Kongressmotto. 800 Teilnehmer_innen waren ins fränkische Reinwarzhofen gekommen. Fazit der drei intensiven Tage von IG BCE-Bundesjugendsekretär Michael Porchen: »Es sollte keine jugendpolitische Entscheidung getroffen werden, ohne dass die Jugend angehört wird.«

www.igbce-jugend-bewegung.de

▀ Die beschleunigte Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts macht auch vor dem Bildungsbereich nicht halt. Junge Beschäftigte in Kita, Schule, Hochschule, Sozialer Arbeit und Weiterbildung sind von Arbeitszeitverdichtung und prekärer Arbeit betroffen. Die jungen Gewerkschaf-

ter_innen der GEW haben gefragt: Was muss sich strukturell ändern, damit Zeit für Bildung vorhanden ist? Und welche Schlüsse ziehen wir für die gewerkschaftliche Arbeit – bleibt alles beim Alten oder bedeuten neue Zeiten neue Kämpfe?

100 von ihnen trafen sich zur »Gewolution«, dem Kongress der **Jungen GEW**, der vom 14. bis 16. Mai 2016 in Rotenburg an der Fulda stattfand. Es gab Workshops zu Zeitfragen im Bildungsbereich und gewerkschaftlicher Arbeit im 21. Jahrhundert. Weitere Themen waren Asyl, Wissenschaft, Bildungspolitik.

Die Arbeitsatmosphäre: hoch motiviert! »Für junge Aktive in einer alten Organisation ist es wichtig, frische Ideen einzubringen«, sagt Sven Lehmann von den GEW-Studierenden. Wie die aussehen können und wie sie umgesetzt werden, muss sich in der Praxis erweisen. Teilnehmer Matthias Schröder vom DGB-Jugend-Projekt students at work ist sich aber sicher: »Man hat gemerkt, dass die

jungen Gewerkschafter in den nächsten Jahren ihre Themen setzen werden.«

www.gew.de/gewolution

▀ Fluchterfahrungen, interkulturelle Kompetenz und Antirassismusbearbeitung, Aktivitäten gegen Analphabetismus und Mitgliedergewinnung – der Bogen der Workshops auf dem diesjährigen Sunrise-Festival der **Jungen IG BAU** vom 26. bis 29. Mai 2016 in Steinbach spannte sich weit. Das Besondere: Auch Geflüchtete nahmen teil. So berichtete Taha von seinem Leben in Syrien, seiner Flucht und seinem Neuanfang Deutschland. Diskutiert wurde, was in Syrien passiert, ob Frieden möglich ist. Und wie man ein neues Leben in Deutschland beginnt.

Die jungen Gewerkschafter_innen diskutierten auch über antirassistische Projekte in Betrieben und Gewerkschaft. Rund 220 junge Kolleg_innen aus ganz Europa und Geflüchtete waren vor Ort. Motto: »Refugees Welcome!«

www.igbau.de/Sunrise_2016.html



Tipp des Monats

Es werden gesucht: die besten Dissertationen zur Berufsbildung! Die Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) ruft Nachwuchswissenschaftler_innen dazu auf, sich für den Friedrich-Edding-Preis für Berufsbildungsforschung 2017 zu bewerben. Ganz wichtig: Die Arbeiten der jungen Wissenschaftler_innen sollen einen Bezug zu praktischen Anwendungen aufweisen. Zum dritten Mal werden herausragende Dissertationen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen ausgezeichnet, die sich mit Fragen von Aus- und Weiterbildung beschäftigen.



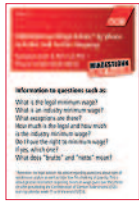
Foto: BBIB/ES

Macht mit: Bewerbungsschluss ist der 30. September 2016. Der Preis wird 2017 mit entsprechend großem Bahnhof verliehen!

Infos: www.agbfn.de

Internationales: Liberia ist das erste Land der Welt, das sein gesamtes Bildungssystem in die Hand einer US-Firma geben will! Der aktuelle Nord-Süd-Newsletter des DGB-Bildungswerks beschäftigt sich mit solchen dubiosen Öffentlich-Privaten-Partnerschaften weltweit.

www.nord-sued-netz.de



Flugblatt-Tipp: Ab sofort gibt es Flyer vom DGB, die über die telefonische Mindestlohnberatung in englischer, arabischer und persischer Sprache informieren.

Auf www.dgb-bestellservice.de

Daten-Tipp: Der DGB hat Angaben zur Arbeitssituation der Handwerksbeschäftigten in Deutschland ausgewertet. 1.099 Beschäftigte, die in Handwerksbetrieben sowie in handwerklichen Nebenbetrieben beschäftigt sind, wurden im Rahmen des DGB-Index Gute Arbeit befragt. Das Datenwerk liefert jährlich Kennzahlen zur Qualität der Arbeitsbedingungen aus der Sicht der Beschäftigten.

DGB: Gute Arbeit ist das beste Werkzeug! Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen im Handwerk bewerten, Broschüre, Berlin 2016. Auf www.dgb-bestellservice.de



Impressum



Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Florian Haggemiller

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke

E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de

Druck: PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Das Internet verschwindet nicht mehr – Netzpolitik: Die Digitalisierung ist kein Abbild der analogen Welt, sondern etwas komplett Neues. Das Internet ist das Betriebssystem der Gesellschaft. Wir müssen adäquate Antworten für die umgemodelte Arbeitswelt finden und die Folgen der Computerisierung abschätzen.

26. Juni bis 1. Juli 2016. Hattingen



Seminare
Mit Martin Ströhmeier,
Leiter der DGB-Jugendbildung

durchzuführen. Diskutiert mit Azubis über die Probleme in der Ausbildungswelt – und die Gesellschaft, in der wir leben.

7. bis 12. August 2016. DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Projekttag Demokratie und Mitbestimmung: Die Team-schulung qualifiziert euch, den Projekttag in Berufsschulen und Oberstufenzentren selbst

solli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Solli aktuell online abonnieren auf http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-solli

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

Form fields for name, organization, address, and zip code.

DGB Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Solli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin